



Was ich sagen wollte ...

»In die Ecke, Besen! Besen! Seid's gewesen, denn als Geister ruft euch nur, zu seinem Zwecke, erst hervor der alte Meister.« Zauberlehrling; Goethe

Newsletter von Bernd Rützel

Nr. 27 | April 12

Leben wir um zu arbeiten o. arbeiten wir um zu leben?

Vielleicht unterscheiden wir uns als Deutsche hier am meisten von Franzosen, Italiener oder Südländer. Ich bin aber sicher, dass auch bei uns in Deutschland die allermeisten **arbeiten um zu leben?**

Mit Arbeit baut man sich seinen Lebensstandard auf. Die Menschen sind in der Lage, sich schicke Kleidung zu kaufen, essen zu gehen, einen Urlaub zu planen, Familie zu gründen, ein Auto oder auch zwei zu kaufen und ein Haus zu bauen. So war das immer. Ist es auch heute noch so? Die jetzige Generation ist die best Ausgebildete. Ihr solltet alle Türen offen stehen. Warum wundern wir uns dennoch, dass die Binnennachfrage nicht mehr so funktioniert, und wenn sie funktioniert, dann nur, weil sich Privatpersonen und aber auch ganze Staaten verschulden und auf Pump finanzieren. Stellt sich die Frage wirklich, warum immer weniger Beschäftigte Familien gründen und Häuser bauen?

Wer sich mit den schlimmen, unverschämten, teils menschenunwürdigen Verhältnissen im Arbeitsmarkt beschäftigt, kann diese Frage von selber beantworten. Selbst diejenigen, die einen festen, sicheren, gut bezahlten 35 Wochenstunden-Job in Heimitnähe haben, sollten sich Gedanken machen. Erstens haben sie bestimmt auch Kinder oder Enkelkinder und zweitens, steht vielleicht demnächst ein Kollege der Zeitarbeitsbranche neben ihnen und erledigt die gleiche Arbeit für einen Bruchteil der eigenen Bezahlung. Lohnt sich Leistung überhaupt noch? Die Geister die ich rief, die werd ich nicht los...

Frei nach Goethes Zauberlehrling, sind die Minijobs, Niedriglöhne, Ausbeutung der Leiharbeiter, ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern mitverantwortlich für diese Misere. Ich will ganz kurz auf diese Geister eingehen:

Problem Minijobs

Geringfügige Beschäftigung – sogenannte Minijobs – breitet sich immer weiter aus. Ursprünglich waren Minijobs dazu gedacht, Hausfrauen und Rentnern einen unkomplizierten Nebenverdienst zu ermöglichen. Nebenverdienst! Dies ist schon längst nicht mehr der Fall: Im Frühjahr 2011 gab es in Deutschland rund 7,3 Millionen Minijobs – **fast jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis**. Für 4,8 Millionen, darunter 3,2 Millionen Frauen, ist ein Minijob die einzige Beschäftigung. Minijobber landen immer häufiger im Niedriglohnbereich. Rund 58 Prozent der Beschäftigten, die weniger als fünf Euro die Stunde verdienen, haben einen Minijob. Das Argument, dass durch die Minijobs der Eintritt in das Normal-

arbeitsverhältnis erreicht wird, zieht nicht. **Nur Neun von Hundert Beschäftigten steht dieser Weg offen**. Dies trifft besonders Frauen mit geringer Qualifikation aus sozial schwachen Haushalten.

Problem Leiharbeit

Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse hat rasant zugenommen. Mitte 2011 waren bereits 910.000 Leiharbeiter registriert, soviel wie nie zuvor. Leiharbeit sollte eigentlich dazu genutzt werden, besondere Auftragsspitzen in Unternehmen abzudecken. Tatsächlich wird Leiharbeit zunehmend zu Lohndumping missbraucht. **Leiharbeiter verdienen bis zu 40 % weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen**, bei gleicher Tätigkeit. Zunehmend ersetzen Betriebe ihre Stammbeschäftigten durch Leiharbeit.

Problem befristete Beschäftigung

Immer mehr, vor allem junge Menschen werden nur noch befristet angestellt. Mittlerweile ist jedes zweite neue Arbeitsverhältnis befristet. Dies setzt die betroffenen Beschäftigten unter Druck und zwingt oft zu Kompromissen bei Lohn und Arbeitsbedingungen. Oft hangeln sich die Betroffenen von Befristung zu Befristung, immer in der Hoffnung, endlich Klarheit und Sicherheit zu bekommen. Eine vernünftige Lebens- und Familienplanung ist so kaum möglich.

Deshalb:

- Ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8.50 Euro
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit und für Männer und Frauen
- Abschaffung der Möglichkeit der Befristung ohne Sachgrund
- Gute Löhne für gute Arbeit. Die Bruttolöhne müssen deutlich steigen
- Stärkung der Flächentarifverträge und der Tarifbindung
- Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, unbefristet und sozial abgesichert.

OV Miltenberg hat neuen Vorstand und 17 neue Mitglieder

Bei der Hauptversammlung des Ortsvereins Miltenberg am 2. März wurde **Thomas Gareus** zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er wurde von **Olav Müller** vorgeschlagen. Olav Müller hatte den Ortsverein zehn Jahre lang geleitet und kandidierte nicht mehr, weil er sich neuen Aufgaben zuwenden wollte. Unter der Führung von Olav Müller wurden zahlreiche Aktivitäten ins Leben gerufen, die sogar die Bundespartei übernahm und damit die Wurzeln sozusagen in Miltenberg lagen. Müller empfahl zum 150-jährigen Bestehen unserer Partei im nächsten Jahr eine Veranstaltung am Ferdinand-Lassalle-Gedenkstein in Milten-

berg durchzuführen. Thomas Gareus übernahm von Olav Müller einen Ortsverein, der in jüngster Zeit 17 neue Mitglieder gewonnen hatte (plus 30 Prozent) und der finanziell solide da steht. Ich durfte die Wahlen leiten und wünsche dem neuen Vorstand viel Erfolg.

Neuer AfA-Vorstand



v.l.n.r. Volker Peter – Marietta Eder – Bernd Rützel – Klaus Böwer – Simone Ennemoser – Jürgen Hennemann – Richard Brand

Auf der Bezirkskonferenz der AfA –Unterfranken am 10. März 2012 wurde ich als Vorsitzender gewählt. Für das großartige Vertrauen bedanke ich mich sehr und freue mich, mit dem ganzen AfA-Team für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzutreten. Sozial ist nicht, wer Arbeit schafft. Sozial ist, wer Arbeit schafft, von der man leben kann!

FDP ist marktradikal

Die AfA verurteilt die Haltung der FDP zur Rettung der **11.000 Schlecker Arbeitsplätze** auf das Schärfste. Die CSU lässt sich von seinem kleinen Anhängsel am Nasenring durch die Manege ziehen. Der Markt wird es richten, war die Aussage von den Herren **Rösler und Zeil**. 11.000 Beschäftigte, vor allem Frauen, die sich und Ihre Familien mit diesem Verdienst über Wasser halten, bekommen nun Dank FDP noch diese Woche die Kündigung. Unser bewährtes Modell ist die soziale Marktwirtschaft. Sozial deshalb, weil die Arbeit dem Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Diese Beschäftigte haben Steuern und Sozialabgaben bezahlt. Dieses Geld fehlt nun dem Staat. Schon deshalb wäre eine Transfergesellschaft für alle Beteiligten, die weit aus bessere Wahl gewesen. Für die schnelle Vermittlung ist die Startposition aus einer Transfergesellschaft die bessere Wahl. **Die Haltung der FDP zeigt Ihr radikal marktwirtschaftliches Gedankengut**. Das haben die Menschen erkannt und deshalb wird die Partei auch nicht mehr gewählt. Man braucht sie einfach nicht mehr. Schade nur um die Schlecker-Frauen, denn die bezahlen jetzt den Preis dafür.

Dies meint jedenfalls

Bernd Rützel